



EUROPEAN
COMMISSION

European
Research Area

Social sciences
& humanities

EUROPEAN POLICY BRIEF



LIVEWHAT

Leben in Krisenzeiten

Die Reaktion der Bürgerinnen und Bürger auf
Wirtschaftskrisen und ihre sozialen und
politischen Folgen

Die politischen Implikationen von LIVEWHAT, einem EU-geförderten Forschungsprojekt, das die Resilienz von Menschen in ökonomischen Krisenzeiten in neun Ländern untersucht

Abschließende Darstellung

November 2016

EINLEITUNG

Dieses abschließende Kurzdossier stellt die wichtigsten Ergebnisse des LIVEWHAT-Projekts und daraus abgeleitete politische Empfehlungen vor. Ziel ist es, politischen Entscheidungsträgern in Europa zu helfen, einen umfassenden sowie aufeinander abgestimmten Ansatz zur Problemlösung zu entwickeln, um die negativen Auswirkungen der jüngsten Krise zu bewältigen.

Die Forschungsarbeiten innerhalb des LIVEWHAT-Projektes haben fundiertes Wissen über die Resilienz von Menschen in Zeiten von Wirtschaftskrisen bereitgestellt. Es soll helfen, wissenschaftliche gestützte und effektive politische Reaktionen auf die negativen Auswirkungen solcher Krisen zu identifizieren.

Im Laufe der letzten 36 Monate haben die LIVEWHAT-Forschungsteams herauszufinden versucht, wie sehr die

europäischen Bürgerinnen und Bürger von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen waren, die seit 2008 in verschiedenen Ländern Europas unterschiedlich stark gewirkt hat. Darüber hinaus wurde untersucht, wie sie mit Wirtschaftskrisen und deren Folgen umgehen. Während der Schwerpunkt der Studie auf den Bewältigungsstrategien der Bürgerinnen und Bürger lag (individuell sowie kollektiv), untersuchte LIVEWHAT auch die Reaktionen der Politik, da sie eine Grundlage für die Beurteilung der Resilienz der Bevölkerung bieten.

Die folgenden Ergebnisse und politischen Empfehlungen sollen zu einer breiteren Reflexion dessen einladen, wie Politik ihre Ziele erreichen kann. Dabei geht es nicht nur darum, integratives Wachstum wiederherzustellen, sondern auch die Grundlagen für ein *besseres* Europa - und *nicht weniger* Europa – zu legen.

Die vollständigen Ergebnisse des LIVEWHAT-Projekts sind auf der Projekt-Website verfügbar: www.livewhat.unige.ch

Die in diesem Dokument zum Ausdruck gebrachten Ansichten unterliegen allein der Verantwortung der Autorinnen und Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

ZENTRALE ERGEBNISSE

Das Nord-Süd-Gefälle in Europa

Die LIVEWHAT-Daten zeigen, dass die Krisenerfahrungen der Bürgerinnen und Bürger und die politischen Antworten sehr stark von den jeweiligen nationalen Kontexten abhängen - je nachdem, ob das Land eine tiefe oder weniger gravierende Wirtschaftskrise erlebt. In öffentlichen Debatten wird die

Situation als eine tiefe wirtschaftliche Kluft zwischen den fiskalisch "frommen" Nationen oberhalb der Alpen und den "verschwenderischen" Ländern im Süden beschrieben. In den letzten Jahren hat die Wahrnehmung eines Nord-Süd-Gefälles in der EU - und insbesondere innerhalb der Eurozone - zunehmend an Aufmerksamkeit gewonnen. Die LIVEWHAT-Ergebnisse versuchen dieses Nord-Süd-Gefälle anhand von vier Schlüsselbereichen angemessener und zugleich differenzierter zu bestimmen, als dies von vorherigen Studien geleistet wurde.

Erstens wurden die Bürger/innen mittels einer repräsentativen Umfrage gebeten, ihre Zufriedenheit mit der Regierungspolitik in vier Bereichen zu beschreiben: Armut, Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Einwanderung (Tabelle 1). Die Ergebnisse zeigen, dass die Zufriedenheit in allen vier Politikfeldern in den südeuropäischen Ländern im Gegensatz zum Zufriedenheitsniveau in den kontinentalen und nordeuropäischen Ländern besonders niedrig ist.

Zweitens sollten die Befragten ihren persönlichen Lebensstandard mit dem ihrer Eltern (Tabelle 2) vergleichen. Auch hier zeigte sich eine deutliche Kluft, denn die meisten Bürgerinnen und Bürger aus den kontinentalen und nordeuropäischen Ländern bewerteten ihren Lebensstandard als besser, während dies nur auf ein Drittel der Befragten in den Mittelmeer- bzw. den südlichen Ländern zutraf.

Drittens wurden die Bürgerinnen und Bürger gebeten, die Lebensbedingungen in allen neun Ländern, die Teil dieses Projektes waren, zu bewerten (Tabelle 3). Wie zu erwarten, haben nur wenige Befragte aus den südeuropäischen Ländern die Lebensbedingungen in ihrem eigenen Land als gut bewertet, im Gegensatz zu einer überwältigenden Mehrheit in den kontinentalen und nordeuropäischen Ländern.

Viertens zeigen die Ergebnisse unserer repräsentativen Umfrage, dass die Menschen überall ihren privaten Konsum in Reaktion auf die Krise einschränken mussten (Tabelle 4). Die Ergebnisse verdeutlichen zudem, dass Einschränkungen in den südeuropäischen Ländern weitaus stärker verbreitet sind als in den kontinentalen und nordeuropäischen Ländern (siehe auch den bereits veröffentlichten englischsprachigen LIVEWHAT-Bericht *Integrierter Bericht über individuelle Reaktionen auf Krisen*, verfügbar unter <http://www.livewhat.unige.ch/?p=452>).

Die Befunde zeigen insgesamt, dass das Nord-Süd-Gefälle in Bezug auf die Lebensstandards und Konsumstile der Bürgerinnen und Bürger während der Krisenjahre deutlich größer geworden ist. Wir haben es folglich mit einem allgemeinen Umverteilungsproblem innerhalb der EU zu tun, das auf längere Sicht weiterbestehen wird, wenn keine angemessenen sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergriffen werden.

Sicher ist dieses Nord-Süd-Gefälle älter als die Wirtschafts- und Finanzkrise, wie uns die wirtschaftlichen Kerndaten etwa im Bereich von (Jugend)-Arbeitslosigkeit, Kaufkraft, Pro-Kopf-Einkommen oder BIP für die Jahre vor 2008 zeigen. Allerdings wurde lange Zeit davon ausgegangen, dass diese Trennlinien überbrückbar seien, da das europäische Projekt - seit Mitte der 1990er Jahre - eine Konvergenzpolitik verfolgte und die Aussicht auf Wachstum und Wohlstand versprach. Die Zollunion, der Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion wurden als wichtige Etappen in diesem Prozess verstanden.

Die jüngste Krise scheint diese positive Entwicklung umgekehrt zu haben. Sie hat ernsthafte Zweifel am Europäischen Integrationsmodell der Konvergenz aufgeworfen. Selbst wenn es Licht am Ende des Tunnels der Eurokrise gibt, werden

sichtbare Narben zurückbleiben, da dieses Gefälle nicht nur in rein wirtschaftlichen Leistungsunterschieden fortbesteht, sondern auch das Wiederaufleben nationalistischer Klischees auf Kosten der europäischen Solidarität provoziert.

In der Rückschau ist es offensichtlich, dass die Integrationspolitik der Europäischen Union neu justiert werden muss. Es muss verhindert werden, dass sich dauerhafte Trennungslinien etablieren, entlang derer die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihre Lebensbedingungen, die Lebensbedingungen von anderen sowie staatliche Intervention in der Krise wahrnehmen. Mit einem starren Wechselkurs in der Euro-Zone und einer rigiden Austeritätspolitik kann es längere Zeit dauern, bis sich die stärker von der Krise betroffenen südeuropäischen Länder erholen. Dies wiederum kann zu schweren sozialen Auswirkungen führen, die Europas soziales und politisches Gefüge langfristig beschädigen.

Falls es keine spürbaren Veränderungen gibt, werden die bestehenden politisch-institutionellen Rahmenbedingungen innerhalb der Eurozone mit ihrer Fixierung auf Stabilität und ihrer Vernachlässigung von Wachstumsimpulsen die Argumente der Euroskeptiker wahrscheinlich eher festigen. Populistische Strömungen, die sich dem Euro als Hauptquelle der Stagnation entgegenstellen, werden die Kluft zwischen Nord und Süd weiter verstärken. Wenn es das Ziel der europäischen Integration nach der Krise ist, die Bindung zwischen den Institutionen und der Bürgerschaft wieder aufleben zu lassen, dann wären dringende Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Ein Anfang wäre gemacht, wenn sich die EU-Institutionen für die Stärkung der sozialen Sicherheitsnetze, für den Kampf gegen Armut und Prekarität und für das Schaffen von mehr und besseren Arbeitsplätzen einsetzen würden.

Dies wäre nicht nur eine kluge Taktik. Auf lange Sicht würde dies dazu beitragen, die Zukunft eines demokratischen Europas zu festigen.

Europas stille Öffentlichkeit

Die Analyse öffentlicher Debatten in Zeiten der Krise hat gezeigt, dass die Medienöffentlichkeit im Zeitraum von 2005 bis 2014 in fast allen Ländern vor allem von staatlichen Akteuren dominiert wurde. Auch Wirtschaftsakteure (Verbände, individuelle Marktteilnehmer) kommen häufig zu Wort. Dagegen haben Arbeitnehmervertretungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen das Nachsehen.

Vom normativen Standpunkt der demokratischen Teilhabe und der demokratischen Qualität öffentlicher Debatten aus betrachtet, ist eine derart schwache Sichtbarkeit von Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Bürgerinnen und Bürgern mit ihren jeweiligen Forderungen innerhalb öffentlicher Debatten sehr problematisch. Akteure in Politik und Medien sollten dieser nicht ausreichend gehörten Öffentlichkeit mehr Raum geben, damit diese ihre Forderungen und Positionen in Bezug auf die verschiedenen Aspekte der Wirtschaftskrise äußern kann. Auf diese Weise könnten sie den öffentlichen Diskurs aus seiner *de facto* gegebenen Exklusivität herausführen. Öffentliche Meinungsbildung sollte weniger durch Insider von oben nach unten geprägt werden, sondern ihrerseits stärker demokratisiert werden.

Auf nationale Ebene beschränkte Diskurse

Die Ergebnisse von LIVEWHAT zeigen, dass die jüngste Krise keine wesentlichen Auswirkungen auf die Präsenz der EU und ihrer Themen in den nationalen Debatten hatte. Mehr noch, die Ergebnisse bestätigen den

unbestrittenen Vorrang nationaler Debatten in jedem der untersuchten Länder, was zur begrenzten Sichtbarkeit der EU, der europäischen Akteure und Themen beiträgt (Abbildung 1). Die Befunde unterstreichen damit die Schwäche einer europäischen Öffentlichkeit. Vor allem im Zeitraum zwischen 2009 und 2014, in dem die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreichte, fiel die Kommunikation über die nationalen Grenzen hinweg sehr schwach aus (siehe auch die Veröffentlichungen im LIVEWHAT *Special Issue* der Zeitschrift *Policy & Politics*, verfügbar unter <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/polp.2016.44.issue-3/issuetoc>).

Neben der geringen medialen Präsenz der EU und sonstiger europäischer Akteure zeigen unsere Befunde, dass die Rolle einer europäischen Öffentlichkeit im Zuge der Krisenbewältigung weitgehend vernachlässigt worden ist. Dies trägt zum allgemeinen Demokratiedefizit der EU bei, das während der Krisenjahre eher noch akuter geworden zu sein scheint. Und es steht in einem engen Zusammenhang mit dem Mangel an Reaktionsfähigkeit, Verantwortlichkeit und Rechenschaft der EU beim Umgang mit der Wirtschaftskrise. Diese Befunde zeigen, dass eine genuin *europäische* Antwort auf die Krise nur das Ergebnis eines Prozesses sein kann, der auf einem demokratischen Zusammenspiel zwischen Regierungen und gesellschaftlichen Akteuren, zwischen den Bevölkerungen und nationalen Öffentlichkeiten über Grenzen hinweg beruht.

Die Schaffung eines sichtbaren Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise kann auf lange Sicht einen spürbaren Mehrwert haben. So könnte zum Beispiel besser darüber kommuniziert werden, wie die EU mit der Wirtschaftskrise umgegangen ist und noch immer umgeht. Außerdem könnten öffentliche

Diskussionsveranstaltungen organisiert und transnationale Partnerschaften geschaffen werden. Diese würden einer besseren innereuropäischen Kommunikation und einem intensiveren Austausch zwischen den europäischen Bürgern, den politischen Akteuren und Interessengruppen dienen.

Aufstieg von Nationalismus

Die LIVEWHAT-Daten bestätigen die auf der Theorie der Gruppenkonflikte beruhenden Erwartungen, denn Nationalismus gewinnt in wirtschaftlichen Krisenzeiten vor allem Zuspruch unter den am stärksten durch Abstieg gefährdeten Personenkreisen (siehe den englischsprachigen LIVEWHAT-Bericht: *Integrierter Bericht über kausale Beziehungen zwischen Krisen und deren Folgen für die Bürger*, verfügbar unter <http://www.livewhat.unige.ch/?p=452>).

Wirtschaftskrisen werten das internationale und interne Prestige der eigenen Nation ab. Menschen, die z.B. wegen ihres hohen Einkommens zur oberen Gesellschaftsschicht gehören, sind von diesem Statusverlust der Nation weniger berührt, auch deshalb, weil sie sich von den restlichen Gesellschaftsmitgliedern sozial und wirtschaftlich entfernt haben. Menschen, die aufgrund ihres geringen Einkommens zu den unteren Gesellschaftsschichten gehören, fühlen sich häufig enger mit ihrer Nation verbunden und sehen einen direkten Zusammenhang zwischen dem Verlust von persönlichem und nationalem Status aufgrund der Wirtschaftskrise.

Ein entscheidender Faktor kommt aber noch hinzu, denn dieser nationalistische Effekt verstärkt sich, sobald die EU als für diese Situation verantwortlich betrachtet wird. Anderen die Schuld zu geben ist eine von Parteien zuweilen eingesetzte Strategie, um die eigene Abstrafung durch den Wähler zu

vermeiden. Allerdings können diese Schuldzuweisungen nationalistische Haltungen der Bürgerinnen und Bürger weiter anstacheln, was Regierungen und Parteien im Wahlkampf berücksichtigen sollten.

All die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre haben bei den europäischen Bürgerinnen und Bürgern das vague Gefühl hinterlassen, dass die EU nicht mehr der Garant für Wohlstand ist, der sie einmal zu sein schien. Was fehlt, ist eine tiefere politische Integration, die eine demokratische Repräsentation und Kontrolle des stetig zunehmenden supranationalen Regierungshandelns sichern könnte. Angesichts der Spannungen zwischen den EU-Akteuren über den weiteren Kurs der Europapolitik ist die EU schließlich dazu übergegangen, eindimensionale Lösungen für alle Länder und Problemlagen zu verfolgen - wodurch gerade nicht ein Mehr an Legitimität aufgebaut wurde. Es gilt, stärker politisch geführte öffentliche Debatten über die Regeln, Verfahren und Maßnahmen, wie Europa und die Euro-Zone zu regieren sind, zu beflügeln.

Die gegenwärtigen Umstände sind zwar noch nicht unbedingt gefährliche Zeiten. Aber die Nationalismen erzeugen zunehmend Druck auf die Politik der Mitgliedsstaaten und machen es zunehmend schwieriger, die Krise mit innovativen Ideen zugunsten einer europäischen Einigung zu lösen, auch weil die Polarisierung weiter steigt.

In dieser Hinsicht sind neue Verfahren für die EU erforderlich, die die Einbeziehung der von der Krise Betroffenen fördern. Die Herausforderung besteht insbesondere darin, neue Wege zu finden, um das zunehmende Problem einer Umverteilung innerhalb der EU anzugehen. Eine Problemlösung ist langfristig angelegt sein, wenn keine angemessenen sozialen und wirtschaftlichen Antworten gefunden werden. Eine effektive Regulierung der Euro-Zone unter Berücksichtigung des

Bürgerwillens ist von entscheidender Bedeutung.

Gleichzeitig muss dem Europäischen Parlament eine größere Bedeutung bei der politischen Gestaltung der EU zukommen. Fortschritte in dieser Hinsicht sind zu erkennen, denn die Parlamentarier bestimmen den Präsidenten der Kommission nun de facto mit. Das Parlament sollte jedoch noch stärker als gleichberechtigter Partner integriert werden - über die fachspezifischen Debatten hinaus, auf die es bislang durch seine fehlende formale Rolle bei der politischen Gestaltung der EU beschränkt wurde. Dies muss auf eine Weise geschehen, die auch nationale Parlamente und zivilgesellschaftliche Akteure an den politischen Entscheidungsprozessen teilhaben lässt. Die EU sollte außerdem eine bessere Verknüpfung zwischen der EU und den Vertretungsinstitutionen auf nationaler Ebene sicherstellen. Sie sollte auch mehr Zugangsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger entwickeln, um eine bessere Ansprechbarkeit zu gewährleisten, sei es auf nationaler oder auf EU-Ebene.

Das europäische Sozialmodell auf dem Rückzug

Die Ergebnisse von LIVEWHAT zeigen, dass die Krise in den meisten Ländern, vor allem aber in Südeuropa, die Türen öffnete, um Einsparungen bei Leistungen des Wohlfahrtsstaates und Flexibilisierungsreformen des Arbeitsmarktes zu verabschieden und umzusetzen (siehe den englischsprachigen LIVEWHAT-Bericht *Integrierter Bericht über politische Antworten auf Krisen* verfügbar unter <http://www.livewhat.unige.ch/?p=452>).

Während das europäische Sozialmodell in einer Reihe von Ländern in Nordeuropa, insb. in Skandinavien, bestehen bleibt, sind die Veränderungen in anderen Ländern gravierender. Dies gilt vor allem für Länder

wie Griechenland, die Sparpakete unter dem direkten Einfluss der Troika (das heißt des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission) umzusetzen hatten. Betroffen sind aber auch Länder wie Italien und Spanien, die ebenfalls unter dem starken Druck der Finanzmärkte stehen und weitreichende Reformen durchgeführt haben. Weniger spürbar fielen die sozialpolitischen und rechtlichen Veränderungen in den Ländern aus, in denen die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise kaum anhaltende Auswirkungen zeigte, wie beispielsweise Schweden und Deutschland. Insgesamt sind die austeritätsorientierte Anpassungen und Reformen, wo sie eingeführt wurden, für die Rückschläge bei der Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells verantwortlich.

Das Paradox besteht darin, dass das europäische Sozialmodell in der frühen Phase der Krise (2007-2009) sehr gut funktionierte: Die meisten europäischen Länder erhöhten die Ausgaben, um die sozialen Folgen der Krise abzufedern. Außerdem wurden institutionalisierte Regelungen, wie aktive Arbeitsmarktpolitik, Ausbildung und sozialer Dialog, aktiv genutzt, um nicht auf die Option massiver Entlassungen setzen zu müssen. Diese Instrumente haben in kontinentaleuropäischen Ländern gut funktioniert. Die Reinterpretation der Krise als Schuldenkrise führte jedoch in eine andere Richtung und erzeugte eine "Austeritätswende". Was folgte war eine radikale Transformation der Sozialpolitik, die dem Ziel diente, die staatlichen Defizite in den Griff zu bekommen – wohl wissend, dass die Sozialpolitik keine Ursache für die Krise war. Es stellt sich somit die Frage, ob diese Änderungen nicht im Widerspruch zu dem Stellenwert stehen, den das europäische Sozialmodell im europäischen ‚Projekt‘ einnehmen sollte.

Die Mitteilung der Europäischen Kommission "Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion" aus dem Jahr 2013 ist eine wichtige Initiative in Bezug auf das europäische Sozialmodell. In der Mitteilung wird betont, dass die EU gemäß den Verträgen bei der Festlegung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen zur Wahrnehmung folgender Ziele verpflichtet ist: die Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus, die Gewährleistung eines angemessenen sozialen Schutzes, die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und die Sicherung eines hohen Maßes an Bildung, Ausbildung und Schutz der Gesundheit [vgl. Artikel 9 des Vertrags über die Europäische Union]. Diese Mitteilung kann als Versuch verstanden werden, die sozialpolitische Agenda aus dem Schatten der Austeritätspolitik zu führen und stärker auf die Zukunft gerichtete Ansätze zu entwickeln.

Dennoch fällt es schwer, die Diskrepanz zwischen politischer Rhetorik und Praxis zu ignorieren. Zum Beispiel steht die eingeforderte Stärkung des europäischen sozialen Dialogs auf EU-Ebene im Gegensatz zu den Beschränkungen der kollektiven Tarifautonomie, die in vielen Mitgliedsländern zu beobachten sind (siehe auch den englischsprachigen LIVEWHAT-Bericht *Integrierter Bericht über politische Reaktionen auf Krisen* verfügbar unter <http://www.livewhat.unige.ch/?p=452>).

Unter dem Druck der Wirtschaftskrise erlebten wir in den meisten europäischen Ländern eine - oft überhastete - Reformierung einiger Elemente dessen, was das Herz des europäischen Sozialmodells ausmacht: soziale Sicherheit, Renten, öffentliche Dienstleistungen, Arbeitnehmerrechte, Arbeitsplatzqualität und sozialer Dialog. Auch wenn die Sozialpolitik nicht überall in Europa zurückgestutzt wurde, so wird das Überleben des europäischen Sozialmodells durch ihre

Demontage, insbesondere in den südeuropäischen Ländern, in Frage gestellt.

Ist Europa bereit, sein europäisches Sozialmodell aufzugeben, um das es andere Länder und Regionen in der Welt beneiden? Die Krise hat in ganz Europa ein großes politisches Umdenken angestoßen. Dies ist begrüßenswert, notwendig und überfällig. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, einen genauen Blick auf die Fehler der jüngsten Vergangenheit zu werfen, um eine lebenswerte Zukunft für die europäischen Bürgerinnen und Bürger aufzubauen.

Sozial- und Solidarwirtschaft auf dem Vormarsch

Die Forschungsarbeiten von LIVEWHAT richteten sich auch auf zivilgesellschaftliche, soziale und solidarische Wirtschaftsformen in den Untersuchungsländern. Die Ergebnisse belegen eine wachsende Zahl solcher Initiativen, vor allem in den Ländern, die am härtesten von der Krise betroffen wurden. Sie belegen, dass gesellschaftliche Veränderungen hin zu einem dem Menschen verpflichteten Wachstumsmodell möglich sind (siehe den englischsprachigen LIVEWHAT-Bericht: *Integrierter Bericht über alternative Formen der Belastbarkeit in Krisenzeiten* verfügbar unter <http://www.livewhat.unige.ch/?p=452>).

Vielerorts sind diese Initiativen eine Reaktion auf die Kürzungen und Sparmaßnahmen bei sozialen Sicherungsnetzen. Die Fähigkeit des Staates, denjenigen Gruppen soziale Sicherheit zu geben, die von der Krise besonders betroffen sind, hat stark abgenommen. Diese und andere Sorgen um ein Markt- und Staatsversagen haben Räume eröffnet, um Resilienz und "Sozialhilfe" neu zu überdenken. Sozialwirtschaft und Solidaritätsaktionen sind dazu da, um Bürgerinnen und Bürgern in schweren Zeiten zu helfen. Sie eröffnen Möglichkeiten, über die soziale Ausgestaltung der Wirtschaft und die Neuausrichtung

wirtschaftlicher Praxis mit Blick auf demokratische Selbstbestimmung und aktive Bürgerschaft nachzudenken.

Die Befunde zeigen, dass sich eine eingehende Analyse dieser sozialen und solidarischen Wirtschaftsformen lohnt. Ein Blick in ihr alternatives Potenzial, in ihre regionalen Ausprägungen und Varianten kann helfen, politische Maßnahmen und rechtliche Regelungen zu entwickeln, die eine soziale und solidarische Wirtschaft ermöglichen. Sie können damit einen wichtigen Beitrag leisten auf dem Weg zu einem nachhaltigeren und integrativeren Wachstum.

KONSEQUENZEN FÜR DIE POLITIK

Empfehlungen für EU-Institutionen und die EU-Kommission:

► Arbeit für ein besseres Europa, nicht für weniger Europa

Es ist nicht ein "zu viel Europa", das die Menschen entfremdet hat, ihnen das Gefühl gab, entmachtet und vergessen worden zu sein. Vielmehr ist es die aktuelle Wirtschaftspolitik, die auf Defizitminimierung und Stärkung der "Wettbewerbsfähigkeit" setzt und damit das europäische Sozialmodell aushöhlt. Sie setzt damit auf eine zu enge Interpretation von Wachstum. Ein "besseres Europa" ist dann möglich, wenn eine Wiederbelebung des europäischen Sozialmodells für alle Länder Europas greifbare Vorteile bringt, nicht nur für die wohlhabenderen Menschen.

► Stärkung des europäischen Sozialmodells

Europas Nord-Süd-Gefälle ist sozial, wirtschaftlich und politisch nicht tragfähig, und der bestehende politische Rahmen ist unzureichend, um den Zusammenbruch des europäischen Sozialmodells zu vermeiden. Wir brauchen ambitionierte Regelungen und

Richtlinien auf EU-Ebene, um eine soziale und wirtschaftliche Konvergenz auf hohem Niveau und ein stärkeres soziales Europa zu fördern. Es ist höchste Zeit, neue Wege zu suchen, bestehende politische Instrumente miteinander zu kombinieren und zu modernisieren, um ausgewogene sozioökonomische Ergebnisse zu erreichen. In diesem Sinne wird ein ganzheitlicher Ansatz vorgeschlagen, der unter anderem folgende Punkte umfasst:

- *Vollständige Nutzung der bestehenden politischen Rahmenbedingungen.* Die EU ist bei weitem nicht machtlos; sie verfügt über soziale Instrumente, wie das Sozialinvestitionspaket (SIP) und die Empfehlungen der Europäischen Kommission zur aktiven Eingliederung und zu Investitionen in Kinder. Sie verfügt auch über die vorgeschlagene europäische Säule der sozialen Rechte, die allerdings vollständig umgesetzt werden müsste, um Menschen und Familien wirklich zu unterstützen.

- *Neubelebung der bestehenden Architektur der EU,* insbesondere des Europäischen Semesters, um konsistente Maßnahmen im wirtschaftlichen und im sozialen Bereich zu gewährleisten. Sehr oft widersprechen die Maßnahmen einander und geben den wirtschaftlichen Prioritäten Vorrang gegenüber den sozialen. Anstatt einen Kompromiss zwischen wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten zu suchen, sollten die Regierungen einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen.

- *Mehr Kohärenz in der Politik* durch eine klare Definition der Ziele und eine klare Verbindung zwischen den verschiedenen Werkzeugen, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen. Zu diesen Werkzeugen gehören das Sozialinvestitionspaket (SIP), die Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung (EPAP), die Offene Methode der Koordinierung, die europäischen Struktur- und Investmentfonds (ESIF), das Europäische Semester, die Beschäftigungsindikatoren

sowie die sozialen Indikatoren innerhalb des Gesamtwirtschaftlichen Überwachungsverfahrens.

- *Analyse der Effekte, die vom Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) und seinen geförderten Projekten auf Beschäftigung und Soziales innerhalb der Union ausgehen.* Diese Analyse sollte eine umfangreiche und umfassende ex-ante und ex-post-Bewertung der vereinbarten Strategien und Empfehlungen umfassen, insbesondere die in den länderspezifischen Empfehlungen (CSR) und im Jahreswachstumsbericht (AGS) genannten. Die sozialen Auswirkungen sollten bei der Erstellung länderspezifischer Empfehlungen (CRS) berücksichtigt werden, insbesondere bei denjenigen, die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung einfordern. Länderspezifische Empfehlungen sollten zum Ziel haben: (1) die Förderung solcher aktiven Arbeitsmaßnahmen, die hochwertige statt schlecht bezahlter und unsicherer Arbeitsplätze unterstützen; (2) eine Verbesserung des universellen Zugangs zu Grundleistungen, da andernfalls soziale Rechte eingeschränkt und Armut sowie Ungleichheit vergrößert würden. Die Regierungen der Mitgliedsländer sollten auch angehalten werden, bei der Berichterstattung über ihre politischen Entscheidungen stets auch Beschäftigungsziele (das heißt sichere, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze), Armutsbekämpfung und Bildung in den Blick zu nehmen.

- *Einführung von Maßnahmen zur Erfassung und Abschätzung der sozialen Folgen der Hilfspakete für betroffene Länder.* Länderspezifische Empfehlungen (CSR) sollten die Aktionen angeben, die notwendig sind, um alle Ziele der Europa 2020-Strategie zu erreichen, einschließlich der Ziele für Beschäftigung, Bildung und Armutsbekämpfung. Das heißt, die Empfehlungen dürfen sich nicht darauf beschränken, nur die Vereinbarungen der

gemeinsamen Absichtserklärung wiederzugeben, die mit der EU, der EZB und dem IWF getroffen wurden. Darüber hinaus müssen die Erfassung und die Abschätzung der sozialen Folgen zum Standard bei der Beurteilung der Programmländer werden. Erforderliche Reformen sollten damit immer auf die spezifischen Gegebenheiten der Länder zugeschnitten werden. Sie sollten auch daraufhin beurteilt werden, welche Auswirkungen sie auf verschiedene sozioökonomische Gruppen innerhalb der Länder haben, und welche kumulativen Effekte sie auf bestimmte, benachteiligte Bevölkerungsgruppen haben könnten.

- *Zusicherung von Haushaltsflexibilität, um Investitionen in Sozialpolitiken und Dienstleistungen zu ermöglichen.* Nach Jahren der Kürzungen und Sparmaßnahmen sind die Sozialsysteme in vielen Ländern enormen Belastungen ausgesetzt worden. Dieser Trend muss umgekehrt werden, um die Qualität und Angemessenheit der sozialen Sicherungssysteme und Dienstleistungen zu gewährleisten. In ihrer Mitteilung vom Januar 2015 "Bestmögliche Nutzung der Flexibilität innerhalb der bestehenden Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts" zeigte die Kommission ihre Bereitschaft, Haushaltsflexibilität zu ermöglichen, um die wirksame Umsetzung der Strukturreformen zu unterstützen, Investitionen zu fördern und den wirtschaftlichen Zyklen in einzelnen Mitgliedsstaaten besser gerecht zu werden.

Diesem Geist folgend sollte die EU die für soziale Investitionen notwendige Haushaltsflexibilität zulassen. Den Ländern sollte der dringend benötigte finanzielle Spielraum eröffnet werden, damit sie in angemessene soziale Sicherheit sowie Sozial-, Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen investieren können. Zu diesem Zweck sind weitere Flexibilität und das Aussetzen der Defizitziele notwendig. In dieser Hinsicht kann

es auch sinnvoll sein, gemeinsame Sitzungen von EPSCO und ECOFIN zu organisieren, um politische und praktische Strategien zu diskutieren und konzertierte Aktionen zu verfolgen. Die Einbeziehung von weiteren sozialen Indikatoren in den Index des Gesamtwirtschaftlichen

Überwachungsverfahrens (Macroeconomic Imbalance Procedure, MIP) kann diese Entwicklung weiter verstärken. Darüber hinaus müssten die vereinbarten Gesamtziele wieder in einem ausgeglichenen Verhältnis diskutiert werden. Hier wäre ein genaues Abwägen der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte notwendig.

- *Die Einrichtung eines verbindlichen Referenzrahmens für die Verankerung von Zielen im Bereich der sozialen Rechte und Grundrechte im gesamten Europäischen Semester und innerhalb aller Politikbereiche, um einen auf Rechten basierenden Ansatz zu gewährleisten.* Die Einbeziehung sozialer Rechte und Grundrechte ist erforderlich, um ein Leben in Würde und volle Teilhabe an der Gesellschaft zu gewährleisten. Den Bürgerinnen und Bürgern muss ein vollständiger Zugang zu allen sozialen Rechten und Grundrechten eröffnet werden, die sich in den Rechtstexten der EU wiederfinden: in den EU-Verträgen, der EU-Grundrechte-Charta, im EU-Sekundärrecht und in der Rechtsprechung sowie in allen relevanten regionalen und internationalen Regelungen (wie bspw. die Europäische Sozialcharta, der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die ILO-Empfehlung Nr. 202).

- *Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten von Rechteinhabern und der organisierten Zivilgesellschaft.* Die Rechteinhaber und die organisierte Zivilgesellschaft stehen an vorderster Front derer, die sich der sozialen Bedürfnisse der Menschen annehmen und grundlegende Menschenrechte einlösen helfen.

Sie haben ein Verständnis dafür, welche Lösungen funktionieren und welche nicht, und sie können vor allem einschätzen, was verbessert werden muss. Daher ist ihre Beteiligung von entscheidender Bedeutung, nicht nur bei der Gestaltung der Sozialpolitik, sondern auch in ihrer Umsetzung und Überwachung. Bei der Vereinbarung und Umsetzung der sozialen Ziele sollte ein rechtlicher und institutioneller Rahmen geschaffen werden, der eine strukturierte, sinnvolle und nachhaltige Beteiligung dieser Parteien sicherstellt.

► Gewährleistung integrativer Governance

Die EU-Kommission sollte Befunde über sinnvolle Formen der Einbindung von gesellschaftlichen Akteuren einfordern, um deliberative Verfahren der Formulierung, Implementation und Überwachung politischer Maßnahmen einzurichten. Hierbei sollte sie auf ‚monitoring‘-Systeme zurückgreifen, die im Rahmen der Strategie Europa 2020 eingeführt wurden und in Ländern, die Finanzhilfeprogramme umsetzen, genutzt werden. Dies ist angesichts des offensichtlich hohen Misstrauens gegenüber den nationalen und europäischen Institutionen von besonderer Dringlichkeit.

Dieses Vorgehen stünde mit der ‚Charta der gemeinsamen sozialen Verantwortung‘ im Einklang, denn diese fordert klar definierte, deliberative Verfahren. Diese sollen die Präferenzen Einzelner mit den Prioritäten der Allgemeinheit im Bereich der sozialen, ökologischen und generationsübergreifenden Gerechtigkeit vereinbaren helfen und auf diese Weise Machtungleichgewichte zwischen den Akteuren reduzieren. Gleichzeitig sollte die EU-Kommission den Mitgliedsstaaten Hilfestellungen bei der Ausgestaltung des zivilen Dialogs bieten, insbesondere mittels konkreter Leitlinien für die Einbeziehung von Interessengruppen.

Empfehlungen für nationale Regierungen sowie regionale und lokale Institutionen:

► Stärkung des sozialen Sicherungsnetzes

Als Folge der Sparmaßnahmen erlitten die Systeme der sozialen Sicherung und Dienstleistungen drastische Kürzungen - gerade in einer Zeit, in der sie am meisten gebraucht werden. Dies gilt insbesondere für die kommunale Ebene, der oft die Bereitstellung von Sozialhilfe und Dienstleistungen obliegt. Daher ist es wichtig, dass die nationalen und lokalen Behörden, die für die Umsetzung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik und für entsprechende Dienstleistungen zuständig sind, gemeinsam neue Wege ermitteln, um soziale Standards aufrechtzuerhalten.

Hierzu gehören beispielsweise die Stärkung der lokalen Sozialwirtschaft und der Solidaritätsprojekte sowie auch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen und Ressourcen. Solche Partnerschaften können die Beteiligten zur gemeinsamen Nutzung von Know-how, Ressourcen und Verantwortlichkeiten befähigen. Sie böten auch die Gelegenheit zur innovativen Beteiligung benachteiligter Personen und ihrer Familien an der Entwicklung ihrer Gemeinden. Diese Hoffnung nähren jedenfalls die Ergebnisse des LIVEWHAT-Projektes zu alternativen Formen bürgerschaftlicher Resilienz (siehe den englischsprachigen LIVEWHAT-Bericht: *Integrierter Bericht über alternative Formen der Belastbarkeit in Krisenzeiten* verfügbar unter <http://www.livewhat.unige.ch/?p=452>).

Zur Förderung dieser lokalen Partnerschaften sollten kommunale und regionale Behörden alle Möglichkeiten der sozialen Programme im EU-Haushalt 2014-2020 ausschöpfen, einschließlich des EFRE (Europäischer Fonds

für regionale Entwicklung), des ESF (Europäischer Sozialfonds) und des FEAD (Fonds für die europäische Hilfe an Bedürftige). Diese und andere Mittel könnten Projekte finanzieren helfen, die Solidarität, Innovation und letztlich soziale Integration fördern.

Darüber hinaus sind folgende Maßnahmen notwendig, um die sozialen Sicherungsnetze zu stärken:

- *Investition in ambitionierte, integrierte Maßnahmen der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, im Einklang mit dem Sozialinvestitionspaket (SIP) 2013.*

Investitionen müssen erhalten und ausgebaut werden, um angemessene Systeme der sozialen Sicherung zu stärken, den Zugang der Arbeitnehmerschaft zu hochwertigen Arbeitsplätzen zu verbessern und die Versorgung der Bevölkerung mit Sozial-, Pflege-, Gesundheitsdienstleistungen und Bildungsangeboten über die Verbesserung der Infrastruktur hinaus zu intensivieren.

- *Zielgruppenspezifische Strategien für diejenigen Gruppen und Einzelpersonen, die sich am wenigsten beteiligen, und die am meisten von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung betroffen sind.* Politische Strategien müssen besonders auf schwer zu erreichende und benachteiligte Gruppen ausgerichtet werden. Dies betrifft insbesondere junge Menschen, die am meisten durch Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung gefährdet sind. Es ist von entscheidender Bedeutung für eine gesunde Demokratie, dass sich alle Gruppen beteiligen. Es kann für den sozialen Zusammenhalt in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten nur von Vorteil sein, wenn benachteiligte Gruppen auch an politischen Entscheidungen und wirtschaftspolitischen Debatten beteiligt sind, die ihr Leben betreffen.

- *Investitionen in qualitativ hochwertige soziale Dienstleistungen.* Die Sicherstellung

von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen (wie bezahlbare Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Pflegebetreuung und andere soziale Dienste) reduziert das Risiko von Ausgrenzung. Zugleich ist dies von entscheidender Bedeutung für die Beschäftigungsfähigkeit und soziale Mobilität der verschiedenen Einkommensgruppen. Diese Dienstleistungen sind ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Infrastruktur eines jeden Landes und sollten im Vordergrund politischer Debatten stehen. Nationale Entscheidungsträger sollten proaktiv handeln und das Wissen nutzen, das innerhalb der EU durch die Kooperation der Mitgliedsländer entsteht. Sie sollten die bestehenden Koordinierungsmaßnahmen voll ausschöpfen, die den Austausch von *bewährten Verfahren* erleichtern und den Mitgliedsstaaten Leitlinien für das eigene Handeln vermitteln – so etwa innerhalb der Offenen Methode der Koordinierung. Der europäische Rahmen bietet folglich wichtige Werkzeuge für die Entwicklung von effektiven sozialen Diensten, von angemessenen, leicht zugänglichen und finanziell nachhaltigen Systemen der sozialen Sicherung sowie inklusiver Sozialpolitiken.

- *Die bereichsübergreifende Integration verschiedener sozialer Rechte und Grundrechte in der Politik auf EU- und nationaler Ebene.* Ein solch integratives Vorgehen ist notwendig, um Gleichheit für alle zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass die Menschen ein Leben in Würde und mit voller Teilhabe am gesellschaftlichen Leben führen können.

► **Anerkennung der Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure in allen Phasen der politischen Entscheidungsfindung**

Die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure als Partner bei der politischen Entscheidungsfindung muss durch eine

Vielzahl von Maßnahmen (Finanzierungssysteme, Statuten oder Gesetze) formell anerkannt, geschützt und unterstützt werden. Die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Akteur bei der Umsetzung von politischen Maßnahmen und bei der Überwachung ihrer Wirksamkeit. Dies gilt insbesondere aus zwei Gründen:

Zunächst stehen zivilgesellschaftliche Organisationen und Akteure der Sozial- und Solidarwirtschaft oft an vorderster Front, wenn es darum geht, soziale Bedürfnisse zu identifizieren – sowohl neue als auch unerfüllte oder nur unzureichend erfüllte. Sie stehen in direktem Kontakt zu den Nutzerinnen und Nutzern sozialer Dienstleistungen und haben deshalb ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse dieser Menschen und ihrer Rechte. Darüber hinaus sind sie in der Lage, Informationen zu erhalten, die der öffentlichen Hand oft nicht zur Verfügung stehen (z. B. Daten über Migranten ohne Papiere oder darüber, welche Gruppen der lokalen Bevölkerung am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen sind).

Zweitens sind zivilgesellschaftliche Organisationen und Akteure der Sozial- und Solidarwirtschaft auch bei der Entwicklung von innovativen Lösungen auf dringliche und drängende soziale Notlagen ganz vorne dabei. Sie haben die Erfahrungen, um abschätzen zu können, welche Problemlösungen funktionieren und welche nicht, und sie können einschätzen, was verbessert werden muss. Ihrem Auftrag entspricht es, dass sie reaktionsfähig sein müssen, um neue, kreative Lösungen auf der praktischen Handlungsebene entwickeln zu können. So werden sie oft zu Trägern von Innovation und Wandel. Aus diesen Gründen ist es wichtig, dass Behörden und politische Entscheidungsträger die Zivilgesellschaft in allen Phasen und auf Regierungsebenen sinnvoll und systematisch einbinden: Dies betrifft die Festlegung der

politischen Agenden, die Definition von Politikzielen, die Entscheidungsfindung, die Implementierung, Auswertung und Neuformulierung. Konkret erfordert dies:

- *Die Etablierung eines institutionellen Rahmens für die strukturelle Einbindung der zivilgesellschaftlichen Akteure auf allen staatlichen Ebenen* und die Interaktion mit ihnen in regelmäßigen Abständen. Dabei kommt es auf frühzeitige Einbindung an, damit sie im gesamten politischen Entscheidungsprozess einen sinnvollen und gut entwickelten Input liefern können. Auch erfordert dies Transparenz in Form von detaillierten Informationen über die nationalen Reformprogramme, die Beteiligung der Akteure und die Art und Weise, wie ihre Eingaben berücksichtigt wurden.

- *Die Entwicklung klarer und transparenter Verfahren für den zivilen Dialog.* Hierzu gehört auch die Erstellung von Leitlinien, um eine hohe Beteiligung bei der Entwicklung, Durchführung und Bewertung von Maßnahmen zu gewährleisten.

- *Die Entwicklung neuer Indikatoren,* um die Qualität der Beteiligung der Zivilgesellschaft besser beurteilen zu können. Hierfür sollte auf die Erfahrungen mit den partizipativen Methoden zivilgesellschaftlicher Organisationen zurückgegriffen werden.

- *Die aktive Auswertung der Informationsquellen zivilgesellschaftlicher Organisationen und die Berücksichtigung ihrer alternativen Problemlösungsvorschläge.* Darüber hinaus ist die EU-Kommission dazu aufzufordern, die alternativen Vorschläge von sozialen Nichtregierungsorganisationen stärker zu berücksichtigen, zum Beispiel bei der Erstellung des Jahreswachstumsberichts der EU-Kommission und der länderspezifischen Empfehlungen.

- *Stärkere Beteiligung der sozialen Nichtregierungsorganisationen als Partner im Einklang mit dem "Partnerschaftsprinzip" des Europäischen Strukturinvestmentfonds.* Diese Verpflichtung sollte bei der Erstellung von Partnerschaftsabkommen und Fortschrittsberichten eingelöst werden. Dabei ist es wichtig, dass diese Akteure in den gesamten Prozess von der Entwicklung von Programmen über deren Umsetzung bis hin zur Arbeit in den beteiligten Kontrollausschüssen konsequent eingebunden werden.

PROJEKT

Ziele

LIVEWHAT ist ein EU-gefördertes Forschungsprojekt zu politischen Lösungsansätzen und zur Resilienz der Menschen in ökonomischen Krisenzeiten. Das Projekt verfolgt vier Hauptziele: a) die Erweiterung des Wissens darüber, wie Menschen auf Wirtschaftskrisen und deren soziale und politische Folgen reagieren; b) die Mitarbeit daran, dass die Reaktionen der Menschen auf Wirtschaftskrisen und deren negative Folgen auf die politische Tagesordnung gesetzt werden, und zwar durch Sensibilisierung für die Situation der Gruppen, die durch Krisen besonders gefährdet sind; c) die Verbesserung der Problemlösungsfähigkeit der politischen Entscheidungsträger und Praktiker durch die Bereitstellung von Politikempfehlungen und einem Katalog bewährter Praktiken; d) die Mithilfe an der Entwicklung eines umfassenderen und besser koordinierten Problemlösungsansatzes der EU-Mitgliedstaaten, und zwar durch Werbung für Wissenstransfer und Policy Learning.

Wissenschaftlicher Ansatz und Methodik

Der theoretische Ansatz von LIVEWHAT ermöglicht es, die Resilienz entlang des analytischen Kontinuums zu untersuchen, das

sich zwischen zwei Polen erstreckt, und zwar einerseits der individuellen Ebene der einzelnen Bürgerinnen und Bürger, die lernen, sich ‚nicht unterkriegen‘ zu lassen und die Kosten der Krise herunterzuspielen, und andererseits den weitreichenden Formen kollektiver Resilienz, die bezwecken, in die Öffentlichkeit zu gelangen, um Ungerechtigkeiten infrage zu stellen und das gemeinschaftliche Empowerment zu fördern. Das Projekt versteht Resilienz als das Vermögen der europäischen Bürgerinnen und Bürger, sich durch aktive Prozesse der Anfechtung und des Empowerment gegen wirtschaftliche Not zu behaupten. LIVEWHAT rückt Bürgerinnen und Bürger, die an alternativen Formen der Resilienz beteiligt sind, ins Zentrum und geht damit über frühere Studien hinaus, die den Einfluss von Wirtschaftskrisen auf spezifische Gruppen wie Kinder, Jugendliche und Familien untersuchten, sie aber als passive Kategorien behandelten. Alternative Formen der Resilienz umfassen die Stärkung der sozialen und familiären Netzwerke, die Praktiken in der Gemeinschaft, die angesichts der Krise Solidarität fördern, die Veränderung des Lebensstils hin zu nachhaltigeren Formendes Konsums und der Produktion, die Entwicklung neuer künstlerischer Ausdrucksweisen. Obwohl die Transformationen dieser Praktiken (von angepasst bis alternativ) entscheidend für die Resilienz der Bürgerinnen und Bürger in Zeiten der Sparpolitik sind, wurden sie bislang nicht gründlich untersucht.

Projektkoordinator

Marco Giugni, Marco.Giugni@unige.ch
 Université de Genève

Konsortium

- Lorenzo Bosi, European University Institute
- Manlio Cinalli, Fondation Nationale des Sciences Politiques
- Maria Kousis, Panepistimio Kritis
- Eva Anduiza, Universitat Autònoma de Barcelona
- Maria Grasso, University of Sheffield
- Christian Lahusen, Universität Siegen
- Maria Theiss, Uniwersytet Warszawski
- Katrin Uba, Uppsala universitet

Projektdauer

Dezember 2013 bis November 2016

Finanzierung

LIVEWHAT wird durch das 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union finanziert, Fördervereinbarung Nr. 613237.

Budget

Beitrag der Europäischen Kommission: € 2 499 366

Website des Projektes

www.livewhat.unige.ch

ANHANG

Tabelle 1 - Zufriedenheit mit der nationalen Regierung nach verschiedenen Politikbereichen (% zufrieden)

	<i>Fra</i>	<i>Ger</i>	<i>Gre</i>	<i>Ita</i>	<i>Pol</i>	<i>Spa</i>	<i>Swe</i>	<i>Swi</i>	<i>UK</i>
Wirtschaft	15,0	48,6	9,8	14,5	23,1	17,7	28,4	59,2	49,2
Armut	13,0	20,5	8,8	12,2	9,2	9,2	19,2	32,3	21,2
Bildung	25,9	32,2	10,8	21,0	26,8	16,8	31,3	64,2	33,4
Arbeitslosigkeit	10,6	29,9	6,9	11,8	11,6	11,6	16,1	42,1	32,6
Gesundheitswesen	34,8	37,2	11,7	26,7	10,5	23,6	26,0	54,9	30,7
Prekäre Beschäftigung	14,8	20,7	8,4	14,8	9,5	10,7	22,4	36,3	21,5
Einwanderung	13,4	22,8	9,7	14,2	14,7	13,6	16,3	26,0	11,8
Kinderbetreuung	32,5	30,8	11,2	22,2	19,6	18,4	32,6	40,3	28,0

Hinweise: % der Befragten, die auf einer Skala von 0-10 mit mindestens 6 antworteten.

Frage: Wie zufrieden sind Sie auf einer Skala von 0 bis 10 mit der Art und Weise, wie die Regierung Ihres Landes mit Folgendem umgeht, wobei 0 "äußerst unzufrieden" und 10 "sehr zufrieden" bedeutet?

Tabelle 2 - Relative wirtschaftliche Bewertungen (% besser)

	<i>Fra</i>	<i>Ger</i>	<i>Gre</i>	<i>Ita</i>	<i>Pol</i>	<i>Spa</i>	<i>Swe</i>	<i>Swi</i>	<i>UK</i>
Lebensstandard im Vergleich zu den Eltern	37,7	56,9	32,3	39,0	51,4	49,5	64,8	61,5	59,8
Haushalt im Vergleich zu vor 5 Jahren	23,8	45,2	6,8	23,4	37,7	24,0	56,5	40,7	40,7
Wirtschaft des Landes im Vergleich zu vor einem Jahr	11,8	38,4	3,7	17,2	26,6	31,5	34	21,7	49,7
Wirtschaft des Landes in der Zukunft	15,0	31,6	18,1	25,6	25,5	41,7	32,4	26,2	47,0

Hinweis: % der Befragten, die auf einer Skala von 0-10 mit mindestens 6 antworteten..

F: Auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 "Viel schlechter" und 10 "viel besser" bedeutet....

Tabelle 3 - Wahrnehmung der Lebensbedingungen des Landes im Verhältnis zu anderen Ländern (% gut)

	<i>Fra</i>	<i>Ger</i>	<i>Gre</i>	<i>Ita</i>	<i>Pol</i>	<i>Spa</i>	<i>Swe</i>	<i>Swi</i>	<i>UK</i>
Bedingungen im eigenen Land	42,9	70,0	9,7	19,8	24,7	33,3	75,4	75,6	70,8
Frankreich		62,2	71,6	70,2	74,9	79,3	62,9	48,9	73,7
Deutschland	71,6		84,7	88,4	87,7	85,2	77,5	70,6	83,8
Griechenland	6,7	6,9		8,4	21,2	5,6	9,4	5,9	14,8
Italien	24,9	37,5	39,1		65,7	29,4	38,1	25,6	44,4
Polen	19,5	25,6	20,2	26,2		21,2	23,1	16,4	24,6
Spanien	27,2	31,6	35,5	48,8	48,1		38,9	23,2	43,3
Schweden	76,1	81,6	86,7	85,7	84,4	84,4		83,2	84,6
Schweiz	82,8	84,6	88,7	90,5	85,1	86,9	78,8		86,9
UK	64,9	63,1	81,9	83,5	85,9	80,2	64,5	57,5	

Hinweis: % der Befragten, die auf einer Skala von 0-10 mit mindestens 6 antworteten.

In jedem Land wird diese Frage etwas anders gestellt: sie bittet Befragte zunächst, das Land der Umfrage zu bewerten, und danach die anderen acht Länder in dem Projekt in alphabetischer Reihenfolge.

F: Die Lebensbedingungen in den europäischen Ländern unterscheiden sich heute sehr und wir möchten Ihre persönliche Bewertung erfahren. Bitte benutzen Sie die folgende Skala, wobei 0 "Sehr schlechte Lebensbedingungen" und 10 "Sehr gute Lebensbedingungen" bedeutet.

Tabelle 4 – Konsumeinschränkung (in %)									
	<i>Fra</i>	<i>Ger</i>	<i>Gre</i>	<i>Ita</i>	<i>Pol</i>	<i>Spa</i>	<i>Swe</i>	<i>Swi</i>	<i>UK</i>
Geringerer Verbrauch von Grundkonsumgütern	36,2	18,8	65,0	42,0	34,7	27,1	16,8	24,4	20,2
Verringerte Freizeitaktivitäten (Ausgehen, Kino, Theater, etc.)	62,3	39,1	90,2	69,4	56,8	68,5	31,2	48,9	46,4
Geringere Nutzung des eigenen Autos	47,0	22,3	75,5	56,4	40,6	45,6	19,6	26,7	27,6
Verzögerte Zahlungen von Nebenkosten (Gas, Wasser, Strom)	25,4	14,0	73,9	31,5	40,0	21,9	10,1	22,4	16,0
Umzug	13,7	6,7	27,3	18,3	9,0	16,2	4,8	8,6	14,6
Verzug bei oder Nichtzahlung einer Kreditrate	17,0	13,3	61,0	22,2	31,2	20,9	9,6	21,2	13,3
Verkauf eines Vermögenswertes (z. B. Land, Apartment, Wohnung)	11,3	5,1	17,4	14,1	12,5	12,3	5,8	6,7	7,7
Kündigung von TV / Telefon / Internetdienst	17,6	6,9	36,7	24,4	17,5	24,0	17,0	12,2	21,0
Kein Urlaub	51,4	36,5	74,1	61,7	59,1	53,7	27,4	38,4	37,3
Reduzierte oder aufgeschobene Medikamentenkäufe / Arztbesuche	31,1	16,6	62,5	40,4	40,0	21,0	15,0	25,2	10,9

Hinweis: % bezogen auf die Befragten, die die jeweilige Antwortmöglichkeit ausgewählt haben.

F: Mussten Sie oder jemand anderes in Ihrem Haushalt in den letzten 5 Jahren aus finanziellen / wirtschaftlichen Gründen eine der folgenden Maßnahmen ergreifen?

Abbildung 1. Sichtbarkeit der EU und EU-spezifischer Themen in den nationalen Öffentlichkeiten nach Land, 2008-2014

